

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 85 846 pabn d

Inhalt

Rudolf Scharping MdL erläutert die energiepolitischen Ziele seines Landesverbandes: Kohls Erpressungsmanöver: Atomenergie versus Kohleverstromung.
Seite 1

Hans Urbaniak MdB beleuchtet die Rolle der FDP im Koalitionsstreit um die Montan-Mitbestimmung: Endloser Streit um Montan-Sicherung.
Seite 3

Alwin Brück MdB kommentiert Kohls Weigerung, einen EG-Paß einzuführen: Statt Freizügigkeit Kontrollen.
Seite 4

Hedda Jungfer MdL fordert eine verbesserte Umwelterziehung an bayerischen Schulen: Die Heimat lieben, heißt die Natur bewahren.
Seite 5

42. Jahrgang / 53

18. März 1987

Kohls Erpressungsmanöver: Atomenergie versus Kohleverstromung

Die Union riskiert Zehntausende von Arbeitsplätzen

Von Rudolf Scharping MdL
Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Auf dem Landesparteitag am vergangenen Wochenende haben die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten einstimmig ihr Arbeitsprogramm beschlossen, das nach einem Wahlsieg bei den Landtagswahlen am 17. Mai in die Tat umgesetzt werden soll.

Energiepolitik wird ein wesentlicher Punkt der politischen Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU in den nächsten Jahren bleiben. Die CDU - voran der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung - organisiert ein Erpressungsmanöver: Wenn die SPD nicht die Atomenergie akzeptiert, wird die CDU bei der Verstromung der Kohle gehalten.

Angesichts aktueller und zukünftiger Überkapazitäten in der Stromerzeugung, dem massiven Druck gegen die Kohle, der auch für die Kohle bedrohlichen Entwicklung beim Stahl, riskiert die CDU die Zerstörung von mehreren 10.000 Arbeitsplätzen und die Zerstörung der einzigen nationalen Energiereserve. Dieser bornierte Kurs ist abenteuerlich, die Mär von der wirtschaftlichen Kernenergie eine schliche Unwahrheit. Mit rund acht Milliarden Kosten allein für das rheinland-pfälzische Atomkraftwerk in Mülheim-Kärlich wird dieses teuerste Kraftwerk der Welt mit der unsichersten Konstruktion auch noch den teuersten Strom der Bundesrepublik produzieren.

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um wegen der besonderen Bedenken gegen Mülheim-Kärlich dieses Atomkraftwerk nicht ans Netz gehen zu lassen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus M217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Klimafreundliche
und wertvolle
Recycling-Papiere



Die Konzentration auf vorhandene Energiequellen sichert vorhandene Arbeitsplätze im Bergbau und schafft zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Wir fordern verstärkte Maßnahmen zur rationalen Energieverwendung und zur weiteren Energieeinsparung, unter anderem durch eine konsequente Ausnutzung des vorhandenen Energiepotentials und durch eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes. Wir wollen erneuerbare Energiequellen fördern und nutzen, um eine künftige Energieversorgung ohne Kernenergie zu gewährleisten. Konkret haben für uns umweltfreundliche Kohlekraftwerke, der Ausbau von Erdgasversorgung und Fernheizsystemen sowie die Entwicklung alternativer Energiequellen in den kommenden Jahren Vorrang. Die Vorteile dezentraler kleiner und mittlerer, verbrauchsnahe Energieerzeugung müssen mit einer Stärkung der regionalen Energieversorgung verbunden werden und Eingang in die Regionalplanung finden.

Wir werden mit den Unternehmen der Energiewirtschaft die Möglichkeiten der Förderung umweltverträglicher Energiearten so verbessern, daß die heute brachliegenden erheblichen Investitionen in Gang kommen. Das wird zugleich für das Handwerk und die Bauwirtschaft erhebliche Anstöße bewirken.

Unsere Energiepolitik hat als Ziel, Chancen auf Arbeit zu eröffnen statt unbeherrschbarer Risiken.

Die Nutzung der Atomenergie setzt voraus, daß Mensch und Technik fehlerfrei sind. Weil ein Versagen nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann und die Risiken der Atomenergie weder räumliche noch zeitliche Grenzen kennen, werden wir auf sie verzichten. Wir unterstützen den von der SPD vorgelegten Stufenplan für einen Weg in eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Wir werden von uns aus alles tun, damit so rasch wie möglich eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird.

(-/18.3.1987/st/vo/ks)

* * *



Endloser Streit um Montan-Sicherung

FDP bricht neuen Streit vom Zaun

Von Hans Urbaniak MdB

Nicht nur Franz-Josef Strauß hat schon vor Jahren festgestellt: Das einzig zuverlässige an der FDP ist die Unzuverlässigkeit. Jetzt gibt es dafür ein Beispiel mehr: Kaum war die Koalitionsvereinbarung über die - relative und alles andere als lückenlose - Sicherung der Montan-Mitbestimmung ausgehandelt und aufgeschrieben, da warf Graf Lambsdorff dem Bundesarbeitsminister eine „freche Verfälschung“ der Absprachen vor.

Das sind ja tolle Töne, die die alten und neuen Koalitionspartner da untereinander pflegen. Aber das müssen die Herren unter sich ausmachen. Wichtiger ist, was dahinter steht, nämlich die Tatsache, daß sich die FDP selbst mit einer halbherzigen Montan-Sicherung nicht abfinden und alles daran setzen wird, die Montan-Mitbestimmung sobald und so gründlich wie möglich zu beerdigen.

Was CDU/CSU und FDP in den Koalitionsverhandlungen fixiert haben, schafft zunächst einmal Luft, läßt aber mittelfristig die Flucht aus der echten Mitbestimmung zu. Wenn die Montanquote unter 20 Prozent sinkt oder ein mitbestimmtes Unternehmen aus dem Konzern herausfällt, ist die Montan-Mitbestimmung ausgehebelt. Die Strategen in den Konzernetagen haben es also - bleibt es bei den Plänen der Koalition - in der Hand, die lästige Kontrolle durch Arbeitnehmer und Gewerkschaften abzuschütteln. Norbert Blüm preist seinen Erfolg, doch so toll ist er wirklich nicht; aber selbst das ist dem Grafen zu viel. Oder war das Geschrei des Grafen gar mit dem Bundesarbeitsminister abgesprochen, um dessen Erfolg gewaltiger erscheinen zu lassen als tatsächlich angebracht ist?

Die Montan-Mitbestimmung ist „Mürgift“ dieser Republik, hat sich in 40 Jahren außerordentlich bewährt, ist unverzichtbarer Teil des Sozialstaats und zugleich demokratisches Symbol. Für die FDP als Arbeitgeberpartei fällt die Bewertung, wie man nicht erst seit gestern weiß, völlig anders aus. Für die Wirtschaftsliberalen ist die Montan-Mitbestimmung eine Erblast, ein Hindernis auf dem Rückweg in den reinen Kapitalismus. Insofern können auch die Lambsdorff-Töne nicht überraschen, deshalb ist auch mit ständiger Wiederholung zu rechnen.

Nachdenken sollten die Unionschristen, die die Montan-Mitbestimmung wirklich wollen. Zusammen mit der SPD kann es ohne FDP eine breite Mehrheit für die Sicherung der Montan-Mitbestimmung im Deutschen Bundestag geben. Unser Gesetzentwurf bietet dafür eine solide Grundlage und löst die Probleme auf Dauer.

(-/18.3.1987/vo-he/st)

* * *



Statt Freizügigkeit Kontrollen

Für die Bundesregierung zählt Handelsware mehr als der Mensch

Von Alwin Brück MdB

Nun ist es bald sechs Jahre her, daß die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten beschlossen, einen EG-einheitlichen Europa-Paß einzuführen.

Am 23. Juni 1981 gaben sich die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten das Versprechen, bis zum 1. Januar 1985 eine Paßunion zu gründen und einen einheitlichen EG-Paß einzuführen. Außer den EG-Neulingen Portugal und Spanien haben bisher alle Staaten der Gemeinschaft ihr Versprechen gehalten. Nur Großbritannien und die Bundesrepublik weigerten sich, diesen mehr symbolischen Ausweis der europäischen Identifikation auszustellen.

Entgegen aller Ankündigungen zur Öffnung der Grenzen und zur Verwirklichung eines Europas der Bürger hat die Regierung Kohl anderes im Sinne. Gleich seiner konservativen Amtskollegin Margaret Thatcher plant Helmut Kohl mehr Kontrolle statt mehr Freiheit. In Form eines neuen Paßgesetzes werden die Grenzen zu unseren europäischen Nachbarn dichter gemacht durch maschinenlesbare und fälschungssichere Pässe sowie durch elektronische Lesegeräte. So werden Schlagbäume durch Computerschranken ersetzt, einem europäischen Liberalismus wird der Riegel vorgeschoben.

Diese Grenzpolitik erscheint um so zynischer, wenn man bedenkt, daß zwar bis 1992 auf einem europäischen Binnenmarkt der grenzenlose Warenaustausch verwirklicht sein soll, die EG-Bürger an den bundesdeutschen Grenzen jedoch verstärkte Kontrollen zu erdulden haben werden. Es scheint: In der Europapolitik der Bundesregierung zählt die Handelsware mehr als der Mensch. Entgegen der Forderungen des Europäischen Parlaments, daß sich in der Grenzpolitik wiederholt - zuletzt am 14. Juli 1986 - für mehr sinnvolle Gemeinschaft, statt Isolation einsetzte, ist das geplante bundesdeutsche Paßgesetz, das am 1. Januar 1988 in Kraft treten soll, ein europäischer Alleingang.

So werden im nächsten Jahr die übrigen EG-Bürger an unseren Grenzen feststellen: Was lange währt wird nicht immer gut. Statt mehr Freizügigkeit gibt es mehr Kontrollen. (-/18.3.1987/st/ks)

* * *



Die Heimat lieben, heißt die Natur bewahren

Zur Auseinandersetzung über die Umwelt-Erziehung in Bayern

Von Hedda Jungfer MdL
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

„Heimat bewußt erleben“ - dies soll im kommenden Schuljahr Schwerpunktthema an Bayerns Schulen werden. Wie Kultusminister Zehetmair in einem Brief an alle bayerischen Lehrerinnen und Lehrer schreibt, will er damit die Liebe zur und die Kenntnis der Heimat und das Heimatbewußtsein der Schüler fördern.

Dieses Vorhaben ist grundsätzlich begrüßenswert. Wir Menschen sind geprägt durch unsere historische, soziale, kulturelle und natürliche Umwelt, und Heimat ist Ausdruck der unmittelbaren Verbundenheit des einzelnen mit seiner Umwelt. Ich warne aber gleichzeitig davor, diese Auseinandersetzung mit der Heimat auf Brauchtumpflege, Erinnern an wichtige Persönlichkeiten und Wanderungen zu beschränken. Derartige Aktivitäten sind sicher wichtig; darauf eingegangen wird Heimat jedoch zu einem rückwärtsgewandten, statischen Begriff.

Zu einem lebendigen Heimatbewußtsein gehört mehr als nur das Vorgefundene schlicht zu „erleben“. Dazu gehört eine aktive Auseinandersetzung mit allen Veränderungen, denen die Heimat insbesondere durch die Menschen ausgesetzt ist.

Warum ich dem kultusministeriellen Schwerpunktthema „Heimat bewußt erleben“ eine neue Orientierung geben will, habe ich in einem Brief an Kultusminister Zehetmair erläutert: „Wir können doch nicht länger die Augen davor verschließen, daß viele Veränderungen der jüngsten Vergangenheit und auch heute mehr Zerstörung als Verbesserung bedeuten. Heimat lieben heißt Verantwortung für diese Heimat mit übernehmen. So verstanden kann die Behandlung dieses Themas in der Schule nicht an den zentralen Zielkonflikten zwischen Ökonomie und Ökologie vorbeigehen, ob es sich nun um die Wiederaufarbeitungsanlage, die Zerstörung eines Biotops für den Tourismus, eine neue Autobahn oder radioaktiven Müll handelt. Die Reinheit von Boden, Luft und Wasser sind ein lebensnotwendiges Anliegen von uns allen und gehören damit zentral zum Thema ‚Heimat bewahren‘.

Jugendliche sind sehr wach und sicher gerne bereit, sich zu engagieren. Es ist ja vor allem ihre Zukunft, um die es dabei geht. So verstanden, würde die unterrichtliche Behandlung des Themas Heimat eine große erzieherische Aufgabe erfüllen.

Dringend notwendig ist mehr Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer in der Umwelterziehung: bessere Verankerung der Inhalte in den Lehrplänen, Angebot von handlungsorientiertem Lehrmaterial und von entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen. Es darf auch nicht dabei bleiben, daß 'konsequente Umwelterziehung eine Gratwanderung ist, die leicht mit dem Absturz in disziplinarrechtliche Abgründe endet', wie das Ralf Girg, der Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Junglehrer im BLLV erst kürzlich wieder monieren mußte.

In diesem Bereich können Sie unmittelbar und sofort wesentliche Hilfe leisten."

Die Umwelterziehung an den bayerischen Schulen wollen die Sozialdemokraten jetzt auch parlamentarisch unterstützen. Zusammen mit der kulturpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Christa Meier, und den Mitgliedern des Kulturarbeitskreises wird ein Antrag vorgelegt, der die Staatsregierung auffordert, die Erziehung zur Verantwortung für Natur und Umwelt an bayerischen Schulen mit allem Nachdruck zu fördern. Ich bedauere, daß diese Erinnerung an die Verfassungsänderung zu Gunsten des Umweltschutzes und die Begleitmaßnahmen notwendig ist. Doch gerade die jüngste Kritik der Arbeitsgemeinschaft der Junglehrer im BLLV hat bestätigt, daß hier vom Kultusministerium mehr getan werden muß.

Besonders wichtig erscheint den Sozialdemokraten,

- den Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten verstärkt Fortbildungsveranstaltungen anzubieten;
- die Lehrpläne zu überprüfen, ob sie ausreichend Raum für die Behandlung umwelt- und naturschutzrelevanter Themen geben, und gegebenenfalls einen entsprechenden Freiraum zu schaffen;
- praxisnahe Unterrichtsmaterialien für alle Schularten und Schulstufen zum Thema Umweltschutz anzubieten beziehungsweise zuzulassen, die insbesondere handlungs- und projektorientierte Unterrichtsformen fördern.

Diese Ansätze im schulischen Unterricht umzusetzen, bietet das Schwerpunktthema „Heimat bewußt erleben“ gute Möglichkeiten. „Heimat ist nicht nur Tradition und Brauchtumpflege, sondern insbesondere auch Umwelt und Natur.“

(-/18.3.1987/st/ks)

* * *

